



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2424 - 25
Fernschreiber 026690

P/XIII/271 - 28. November 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Seiten:</u>
1 - 1a	Kostbare sechs Monate Zu den Berlin-Moskau Kontakten	70
2	Das Ultimatum. Von Arno Scholz, Chefredakteur des "Telegraf" Berlin	40
3 - 4	Atom-Minister Salke wurde seiner Aufgabe nicht gerecht Von Dr. Ludwig Ratzel, MdB.	104
5 - 6	Kultur an die falsche Adresse Vor dem Zusammenbruch der deutschen Kulturpolitik im Ausland	87

* * * * *
* * *

Kostbare sechs Monate

sp - Fast über Nacht ist die Deutschland-Frage wieder an die erste Stelle in der Weltpolitik getreten. Der sowjetische Vorstoß gegen den derzeitigen Status von Westberlin zwingt zu einer Serie von Verhandlungen. Das ist der alles überschattende Eindruck, der sich aus der Lektüre der umfangreichen an die Westmächte, die Bundesrepublik und an Ostberlin gerichteten sowjetrussischen Noten ergibt. Innerhalb von sechs Monaten erwartet die Sowjetunion eine Regelung der Berlin-Frage im Sinne einer Internationalisierung West-Berlins, mit einem damit verbundenen Abzug aller westlichen Gruppen, und sie knüpft daran die Bereitschaft, "zu verhindern, daß der Prozeß der Beseitigung des Besatzungsregimes zu einer schmerzlichen Unterbrechung der Lebensformen führt, die sich für die Bevölkerung West-Berlins zwangsläufig ergeben haben. Sollte der genannte Zeitraum, heißt es in einem drohenden Unterton in der Note, nicht dazu benutzt werden, "ein sachdienliches Abkommen zu erreichen, wird die Sowjetunion in Übereinstimmung mit der Deutschen Demokratischen Republik die geplanten Maßnahmen in Kraft setzen."

Das ist deutlich genug. Inzwischen sollte es auch die westliche Welt verlernt haben, sowjetrussische Warnungen einfach in den Wind zu schlagen, wie es in der Vergangenheit doch mehrfach geschehen ist. Eine Ahnung von der Zielrichtung des russischen Vorstoßes muß der amerikanische Außenminister Dulles schon vor Veröffentlichung der Moskauer Noten gehabt haben, denn anders sind seine Bemerkungen und dunklen Andeutungen auf seiner letzten Pressekonferenz nicht zu erklären. Sie beinhalten nicht mehr und nicht weniger eine indirekte Anerkennung der DDR, als einen möglichen Verhandlungspartner, wenn die DDR nicht als juristische Persönlichkeit sondern als ein Agent oder als ein Bevollmächtigter der Sowjetunion in Erscheinung tritt. Frei von allen juristischen Verkleidungen und Einessen heißt doch dies nichts anderes, als daß die Vereinigten Staaten sich auf Entwicklungen vorzubereiten scheinen, die in den sowjetrussischen Noten angedeutet sind.

Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, den sowjetrussischen Vorstoß gegen Berlin isoliert zu betrachten. Er ist nur erklärbar vor dem Hintergrund der europäischen und weltpolitischen Lage unter besonderer Berücksichtigung der wachsenden Bedeutung, die der Bundesrepublik als ein politischer, wirtschaftlicher und militärischer Faktor zukommt. Einige

Grunderkenntnisse schälen sich heraus: Alle politischen Kräfte in der Bundesrepublik, vor allem natürlich die Bundesregierung, müssen versuchen, in der Periode sich anzeigender internationaler Verhandlungen in der Deutschland-Frage eine Grundlage zu erreichen, die zu einer Regelung des West-Ost-Verhältnisses in Europa und damit als wichtigstes Kernstück auch zur Lösung der Deutschland-Frage führen kann. Eine isolierte Regelung der Berlin-Frage würde die deutsche Spaltung noch mehr vertiefen und den Unruheherd in Europa gefährlich vergrößern und gerade das herbeiführen, was die Sowjetunion vermeiden will: das Aushalten einer latenten Kriegsgefahr, in deren Schatten sich die wirtschaftlichen und politischen Potenzen der Völker durch eine Beteiligung am Rüstungswettlauf verzehren. Jede Berlin-Regelung muß daher im Rahmen einer stufenweisen Regelung der Deutschland-Frage gesehen werden. Die Sowjetnoten verbieten nicht einen solchen Weg, sie halten viele Möglichkeiten offen, und es wird an der Staatsmanneskunst des Westens liegen, sie zu erkunden und auszunützen.

Weite Abschnitte der sowjetrussischen Noten beschwören die Erinnerungen der Vorkriegs- und der Kriegszeit herauf. Von allen kriegführenden Staaten hat die Sowjetunion die schrecklichsten Verluste an Menschen und Material erlitten, die Sowjetführer plagt der Alpdruck, daß sich etwas Ähnliches wiederholen möge, wenn einmal die Bundesrepublik im Besitze der modernsten Vernichtungswaffen sein würde. Diese Furcht, von deren Vorhandensein sich viele ausländische Besucher der Sowjetunion überzeugen konnten, bestimmt zu einem großen Teil das Deutschlandbild der Männer des Kreml. Damit hat Bonn und Baden die Westmächte zu rechnen. In diesem Zusammenhang bekommen die Rapsacki-Vorschläge (atomwaffenfreie und militärisch kontrollierte Zone in Mitteleuropa) ein neues Licht; ihre Verwirklichung wäre wohl geeignet, ein politisches Klima herbeizuführen, in dem mehr verbindendes Vertrauen als voneinander trennende Furcht gelehrt kann. Die Schaffung einer solchen Zone würde die Lösung der Deutschlandfrage ebenso erleichtern wie die Versuche zu innerdeutschen Regelungen als Ausgangspunkt für einen deutschen Beitrag, auf deutschem Boden Konfliktsabenden zwischen Ost und West zu entschärfen.

Kostbare sechs Monate stehen für diese Aufgabe, deren Last uns niemand abnehmen kann, zur Verfügung.

Das Ultimatum

Von Arno Scholz, Chefredakteur des "Telegraf" Berlin.

Die sowjetische Note hat nur in einem einzigen Punkte völlig recht: Es ist ein anormaler Zustand, daß 13 Jahre nach Beendigung des Krieges noch immer militärische Besatzungen notwendig sind. Es wäre aber auch anormal, diesen Zustand nur an einem Punkte, nämlich in Berlin, beheben zu wollen.

Allein in dieser Tatsache zeigt sich der Widersinn des Vorgehens der Sowjetunion. Außerdem stellt sie zwar eine Frist von sechs Monaten, teilt aber gleichzeitig mit, daß sie einen anderen Standpunkt einzunehmen nicht bereit sei, also nach dieser Frist der Sowjetzonenregierung ihre Rechte aus den Viermächteverträgen übergeben würde.

Der Sowjetunion sollte klargemacht werden, daß keiner ihrer Verträge mehr auf großes Vertrauen stoßen kann, wenn sie so zu verfahren gedenkt wie in der Note angekündigt. Sie kann ihre Rechte aus einem Vertrag ruhen lassen oder auf einen anderen Vertragspartner übertragen, aber nicht einen bisher völlig Unbeteiligten einschalten. Außerdem sollte besonders deutlich gemacht werden, daß, obwohl viele Sätze der Note in Watte verpackt sind, das Ziel eindeutig klargelegt wurde, nämlich ganz Berlin soll Bestandteil der Sowjetzone werden.

Sowohl die Frist von sechs Monaten als auch die Zuerkennung eines Status einer freien Stadt für Westberlin sind nichts weiter als eine Farnung oder ein Plan, das Hauptziel in Etappen erreichen zu wollen.

Wenn die Sowjetunion den Lebensstandard Westberlins garantieren könnte, wieso hat sie der Sowjetzonenbevölkerung diesen Lebensstandard nicht ermöglicht? Wieso gibt es Feuerstunden und jetzt wieder Stromsperrren, wenn alles da ist, um sogar Westberlin mit zu versorgen? Diese Tatsachen beweisen den Widersinn der Note eindeutig.

Der Text ist so abgefaßt, daß die Staatsmänner, die sich mit diesem Problem nicht so umfassend beschäftigt haben, nur lesen sollen: Freie Stadt garantiert, sogar mit UN-Kontrolle. Wer richtig lesen kann, weiß, wenn die Westalliierten aus Westberlin abziehen, dann ist Berlin urgeben von sowjetischen Truppen, die ja die Zone nicht verlassen und damit jederzeit Willkürmaßnahmen von Moskau und Pankow ausgeliefert. Dann kann niemand mehr helfen. Das zu erreichen, ist das Ziel der Note.

Das Ziel der Westmächte - wie überhaupt der freien Welt - muß jetzt sein, den Sowjets klarzumachen: der Status einer freien Stadt würde den anormalen Zustand der Teilung Deutschlands nicht beheben, sondern nur zu den bestehenden zwei Staaten noch einen dritten schaffen. Es gibt nur einen Weg, den zweiten Weltkrieg wirklich zu beenden: Die vier Mächte müssen sich über einen Status für ein Deutschland verständigen, dem sie dann die Wiedervereinigung ermöglichen.

Atom-Minister Balke wurde seiner Aufgabe nicht gerecht

Von Dr. Ludwig Ratzel, MdB

Als die Bundesrepublik im Mai 1955 die Souveränität auch auf dem Gebiete der friedlichen Nutzung der Atomenergie erhielt, war die Aufgabenstellung für die friedliche Atompolitik eigentlich klar vorgezeichnet. Es galt, den durch die politischen Verhältnisse vor und nach 1945 bedingten Rückstand unserer Atomforschung und Atomtechnik rasch aufzuholen, damit die deutsche Wirtschaft auch auf diesem Gebiete rechtzeitig wettbewerbsfähig werden würde.

Unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung mußte es allen Verantwortlichen klar sein, daß dieser Rückstand sich nur durch planvolle und auf lange Sicht abgestellte Maßnahmen beseitigen lassen würde. Ausgehend von den vorhandenen Forschungseinrichtungen und den wenigen, aber größtenteils hochqualifizierten Wissenschaftlern mußte ein Mehrjahresplan für den Ausbau der vorhandenen Institute und den Bau weiterer Institute mit den notwendigen Forschungseinrichtungen aufgestellt werden. Parallel dazu mußte selbstverständlich auch die Ausbildung eines quantitativ und qualitativ ausreichenden Wachstums gefördert werden.

Man hätte annehmen dürfen, daß der Atomminister, dem in der Deutschen Atomkommission qualifizierte Berater zur Seite stehen, seit Herbst 1955 diese Aufgabe mit der notwendigen Energie in Angriff nehmen würde, so daß sich längstens nach zwei oder drei Jahren die ersten Erfolge zeigen würden.

Die SPD hat seit dieser Zeit, sei es in den Landtagen, im Bundestag oder auf ihren Parteitagen genügend konstruktive Vorschläge zur Diskussion gestellt. Es sei nur an den Atomplan erinnert, der auf dem Parteitag in München 1956 beschlossen wurde. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat bei allen sich bietenden Gelegenheiten ihre Bereitschaft erklärt, bei der Lösung dieser Probleme loyal mitzuarbeiten. Sie hat das auch bei der Beratung des gescheiterten Atomgesetzentwurfs praktisch unter Beweis gestellt. Allerdings haben wir immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß wir bei der Bundesregierung eine klare Konzeption und ein systematisches Vorgehen vermissen, und daß uns die in den Haushalten bereitgestellten Mittel zu niedrig erscheinen. England und Frankreich, mit denen wir uns durchaus vergleichen können, haben schließlich auf dem friedlichen Atomgebiet durch langfristige und großzügige Pläne bedeutende Fortschritte gemacht. Der Einwand, daß man in diesen Ländern von der militärischen Entwicklung profitiere, da hierfür die Mittel reichlicher fließen, ist nicht stichhaltig. Denn einmal geben diese Länder für die friedliche Atomenergie allein sehr viel mehr Geld aus als wir, und zum anderen muß man fragen, wer die Bundesregierung daran gehindert hat, die friedliche Entwicklung der Atomenergie großzügig zu fördern? Oder sind die Verfechter dieser Art von Logik der Auffassung, daß unsere Forscher und Ingenieure langsamer und weniger erfolgreich arbeiten, wenn es "nur" um die friedliche Nutzung der Kernenergie geht?

Wenn wir nach der zweiten Genfer Konferenz für die friedliche Anwendung der Atomenergie ein Urteil über die Tätigkeit der Bundesregierung auf diesem Gebiet fällen, so können wir nur feststellen, daß sie versagt hat. Auch als Oppositionspartei haben wir deshalb keinen Grund zur Schadenfreude, denn die Folgen dieses Versagens treffen uns alle. Man kann, wie das bereits geschehen ist, dieses Versagen am Hand von Einzelbeispielen nachweisen, aber man kann auch einen sehr summarischen Beweis liefern. Wenn es sich dabei um Geld handelt, so soll damit nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß es allein genügt, Millionenbeträge zur Ver-

fügung zu stellen. Selbstverständlich sind die Forscher, die Ingenieure und die übrigen Fachkräfte von entscheidender Bedeutung, aber das aufgebraachte Geld ist ein Maß für die Bedingungen, unter denen diese Kräfte arbeiten müssen.

Im Haushaltsjahr 1956 betrug der Ansatz des Einzelplanes 31 (Atomministerium) für allgemeine und einmalige Ausgaben 42,5 Mio. DM, davon wurden 17 Mio DM (=40%) ausgegeben. 1957 wurden von den für den gleichen Zweck bewilligten 80,5 Mio DM nur 40,9 Mio DM (=51%) ausgegeben. Die Bundesrepublik hat demnach in zwei Jahren etwa 57 Mio DM für die Förderung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken ausgegeben, das sind noch nicht einmal 10 % dessen, was England in einem einzigen Jahr für den gleichen Zweck ausgibt.

Das hat seine Ursache nicht darin, daß unsere Forscher und Ingenieure keine Pläne und Ideen haben, sondern es liegt allein an der Unfähigkeit der Bundesregierung, der auf diesem Gebiet jegliche Konzeption fehlt und die jedes vorausschauende Planen und Handeln vermissen läßt. So wurden 1956 für Versuchsreaktoren 3,8 Mio bewilligt, 0,735 Mio DM ausgegeben. 1957 wurden 7,5 Mio bewilligt und 1,92 Mio DM ausgegeben.

Für die Modernisierung und Erweiterung wissenschaftlicher Institute und Einrichtungen wurden 1956 statt der bewilligten 17 Mio nur 4,3 Mio DM ausgegeben, 1957 statt der bewilligten 35 Mio nur 11,2 Mio DM. Über die Förderung des technischen Nachwuchses wurde schon sehr viel gesprochen. Im Haushalt 1957 wurden für diese Aufgabe, soweit es die Atomtechnik angeht, 4,25 Mio bewilligt, ausgegeben wurden 0,114 Mio DM. Diese Zahlenbeispiele ließen sich noch fortsetzen, aber genug des grausamen Spiels.

Wir sind keine Phantasten und wissen sehr wohl, daß es 1955, als der Atomminister seine Tätigkeit aufnahm, einer gewissen Anlaufzeit bedurfte. Wir haben uns deshalb auch in unserer Kritik zurückgehalten. Aber nachdem wir jetzt immerhin seit drei Jahren einen Atomminister haben, aber noch kein Atomgesetz, von einem Plan für die Förderung der Forschung und des Nachwuchses oder gar eines Programm für den Bau von Versuchs- und Leistungsreaktoren ganz zu schweigen, ist Zurückhaltung nicht mehr angebracht. Wenn hier von einem Plan oder einem Programm die Rede ist, dann verstehen wir natürlich darunter nicht unverbindliche Aukerungen bei Festreden, sondern verbindliche und finanziell gesicherte Vorhaben. Das ist aber bis jetzt noch nicht der Fall.

Bei aller persönlichen Wertschätzung müssen wir feststellen, daß der Bundesminister für Atomkernenergie, Prof. Salke, seiner Aufgabe nicht gerecht wurde, vor allem deshalb, weil er sich weder in der Bundesregierung noch in der CDU-Bundestagsfraktion durchsetzen konnte.

Es zeichnet sich auch immer mehr die Gefahr ab, daß Euratom, die in den nächsten 5 Jahren 1000 Mio DM für die Atomforschung ausgeben wird, wovon die Bundesrepublik 300 Mio DM aufzubringen hat, seine meisten Forschungs- und Entwicklungsaufgaben nach Frankreich vergeben wird, weil bei uns keine Möglichkeiten für ihre Durchführung bestehen werden. Nach dem Vertrag werden uns zwar die gewonnenen Kenntnisse zur Verfügung stehen, aber wo werden die Nachwuchskräfte sein, die mit der Gewinnung dieser Kenntnisse sich entwickelt haben?

Nicht nur, daß ein Industrieland wie die Bundesrepublik seine Atomkraftwerke selbst entwickeln und bauen muß, es muß vor allen Dingen sehr bald mit eigenen Entwicklungen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein.

Kultur an die falsche Adresse

A.v.C. - Rund hundert Fachleute für Kulturpolitik im Ausland stimmten in Bergneustadt der Bildung einer Kommission zu, von der sie hoffen, daß sie etwas Ordnung in ein Gebiet bringt, das zur Zeit noch ein unüberschaubares Chaos darstellt. Die Fachleute waren einer Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung gefolgt. Das Thema der Tagung lautete: "Die kulturelle Stellung der Bundesrepublik in der Völkergemeinschaft". Zur Sache sprachen Professor Dr. Carlo Schmid, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dr. Johannes Schmidt, Referent im Schulreferat der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, Winfried Böll, Referatsleiter in der Auslandsabteilung des Verbandes Deutscher Studentenschaften.

In klugen Worten warnte Professor Carlo Schmid vor einigen Mißverständnissen. Kulturpolitik im Ausland dürfe weder Propaganda noch ein Missionieren-Wollen noch ein Konkurrenzkampf noch ein "Hilfszweig für eine schlaue Außenpolitik" sein - lauter "durchaus lebendige Vorstellungen in Deutschland". Er erklärte, daß wir Deutschland nicht im Ausland anzubieten, sondern darzubieten hätten; etwa im Spiegel seiner philosophischen Lehrgebäude, der großen deutschen Philologie, der deutschen Kunst. Besondere Aufmerksamkeit müsse dem Auslandsschulwesen geschenkt werden, vor allem dessen elementarer Stufe, auf die neben die übliche Volksschule auch Gewerbeschulen, Werkmeisterschulen und ähnliche Einrichtungen treten müßten, wie neben dem Austausch von Studenten der Austausch bestimmter "Berufsträger" betrieben werden sollte. An die Adresse des Auswärtigen Amtes und dessen Kulturabteilungen richtete Schmid die Aufforderung, die für solche Arbeit notwendigen Mittel mit größerem Nachdruck von sich aus zu fordern und sie sich nicht lediglich vom Parlament anbieten zu lassen.

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes, Dr. Schmidt, vermochte wenig mehr als alle Schuld dem Finanzminister zu geben, der u.a. die für das neue Etatjahr geforderten neunzig Millionen auf sechzig Millionen reduziert hätte. Es muß zugegeben werden, daß Schmidts ansonsten dürftig zusammengestoppelter Rechenschaftsbericht im Gegensatz zur gängigen Selbstbeweihräucherung dieses Amtes wenigstens das Eingeständnis einiger offenkundiger Versager enthielt, im übrigen jedoch von genau dem Urgeist der Propaganda und des Konkurrenzkampfes (vornehmlich mit der Sowjetzone) beherrscht war, den Carlo Schmid aus der deutschen Kulturarbeit im Ausland verbannt wissen wollte.

Der "junge zornige Referent" der Carl Duisberg-Gesellschaft, Winfried Böll, wurde noch deutlicher. Er verwarf grundsätzlich die Ausstrahlung einer Kultur als "Sonntagsgesicht", als "Alibi der feinen Leute", als "Sache der Gebildeten". Ein solches Kulturangebot richte sich lediglich an die bürgerlichen Eliten und damit an die Welt von Gestern und nicht an die Welt von Morgen mit ihren Massengesellschaften und den in sie eingebetteten "Schlüsselgruppen", die nur in den seltensten Fällen noch über den humanistischen Leisten geschlagen wären.

Internationale Kulturarbeit in einer Zeit, in der die verschiedensten Nationalkulturen zunehmend und krisenhaft zu einer umfassenden Weltkultur verschmelzen, verlangte, nicht mehr bloße Ausstrahlung, sondern wirkliche Arbeit, Diskussion, Auseinandersetzung, um sie für alle gleichermaßen überlebensnotwendige "Organisation des Nichtgewußten" zu leisten. Er verwies als Arbeitsmuster auf die in der ersten Nachkriegszeit gesammelten Erfahrungen in echter internationaler Gruppenarbeit, die durch die Restauration in der Bundesrepublik zwar verschüttet und vergessen, aber nicht ungültig geworden wären. Die private Initiative wäre kein leerer Wahn, wenn sie auch heute weithin nur als Taktik der Ämter in Erscheinung träte.

Nach einigen retardierenden Anmerkungen von Dr. Dr. Franz Thierfelder, der sich gleichfalls dafür aussprach, einmal den "Augiasstall der Organisation" unter die Lupe zu nehmen, zeigte der VDS-Referent Bielenstein auf, wie die Dinge in der Bundesrepublik tatsächlich bestellt sind. Zersplittert und aufgerieben zwischen den Ressort-Egoismen eines halben Dutzend ministerieller Kulturabteilungen, bedrängt von den in der Ständigen Kultusministerkonferenz nur mühsam zusammengeleiteten Länderinteressen, und einem Dschungel von rund siebzig großen und kleinen Privatorganisationen überantwortet, steht die deutsche Kulturpolitik im Ausland kurz vor dem völligen Zusammenbruch. Im Schlepptau der aktuellen Politik und ohne verbindendes und verbindliches kulturelles Konzept triumphiert der Durchschnitt, die Mitte, das Neutrale, das Anerkannte.

Noch schlechter ist die Situation im sogenannten staatsfreien Raum bestellt, in dem die "Fondwirtschaft" und die durch sie bedingte Verklammerung der Ministerialbürokratie mit den Organisationspitzen zu einer "stillen Verfassungsreform" geführt hat. Entscheidende und nicht geringe Mittel werden ausgegeben und verwaltet, ohne daß auch nur die geringste Kontrolle durch Parlament und Öffentlichkeit besteht. Bielenstein schlug daher die Gründung eines Rates für internationale Kulturbeziehungen vor, gedacht als zentraler Mittler zwischen Staat und Organisationen. Auf den Vorwurf einer möglichen Verbürokratisierung auch eines solchen Gremiums antwortete er, daß eine kulturelle Bürokratie immer noch besser sei als eine bürokratische Kultur.

Nach einer eingehenden Diskussion des Bielenstein-Entwurfes wurde Dr. Gemhardt, Direktor des Forschungsinstitutes der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik, in dem zur Zeit eine Bestandsaufnahme über die deutsche Kulturarbeit im Ausland in Angriff genommen wird, auch mit der vorbereitenden Arbeit zur Bildung einer Kommission zur Koordinierung der kulturpolitischen Auslandsinitiativen in der Bundesrepublik beauftragt.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel